

## Arbeitsmaterialien für Lehrkräfte

Kreative Ideen und Konzepte inklusive fertig ausgearbeiteter Materialien und Kopiervorlagen für einen lehrplangemäßen und innovativen Unterricht.

### Kreative Ideenbörse Sozialkunde/Politik – Ausgabe 56

2.59 Verboten, sperren oder was noch? Was tun gegen die zunehmende Demokratiefeindlichkeit?

Wolfgang Sinz



#### Produkthinweis

Dieser Beitrag ist Teil einer Printausgabe aus der „Kreativen Ideenbörse Schule“ der Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage (Originalquelle siehe Fußzeile des Beitrags)

► Alle Beiträge dieser Ausgabe finden Sie hier.



#### Piktogramme

In den Beiträgen werden – je nach Fachbereich und Thema – unterschiedliche Piktogramme verwendet.

► Eine Übersicht der verwendeten Piktogramme finden Sie hier.



#### Haben Sie noch Fragen?

Unser Kundenservice hilft Ihnen gerne weiter:

Schreiben Sie an [info@edidact.de](mailto:info@edidact.de) oder per Telefon 09221 / 949-204.

Ihr Team von eDidact

**2.59 Verbieten, sperren oder was noch? Was tun gegen die zunehmende Demokratiefeindlichkeit?**

**Kompetenzen und Unterrichtsinhalte:**

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- ◆ sich mit den Grundpfeilern der fdGO vertraut machen,
- ◆ erkennen, dass immer mehr Parteien, Vereinigungen und Privatpersonen die fdGO infrage stellen oder angreifen,
- ◆ sich zentral mit der Sperrung von Social Media Accounts und dem Verbot von Parteien auseinandersetzen,
- ◆ die wichtigsten Argumente für und wider ein Parteienverbot oder die Sperrung von Twitter Accounts diskutieren,
- ◆ nach weiteren Möglichkeiten suchen, die fdGO gegen verfassungsfeindliche Aktivitäten zu schützen,
- ◆ den Ablauf eines Parteienverbots in der Bundesrepublik Deutschland kennenlernen,
- ◆ die Aufgaben des Verfassungsschutzes erarbeiten.

<b>Didaktisch-methodischer Ablauf</b>	<b>Inhalte und Materialien (M)</b>
<p><b>Verbieten, sperren oder was noch? Was tun gegen die zunehmende Demokratiefeindlichkeit?</b></p> <p>Zu Beginn dieser kurzen Unterrichtssequenz sammeln die Schüler Bedrohungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Im Anschluss lernen die Schüler die Diskussion über die Sperrung der Social Media Accounts Donald Trumps und die Debatte um einen möglichen Verbotsantrag gegen die AfD kennen. Sinnvollerweise sollen das Instrument des Parteienverbots und der Sperrung von Social Media Accounts arbeitsteilig behandelt. Zwei Kommentare nehmen Stellung zu einem möglichen Verbotsantrag gegen die AfD. Die Schüler sollen sich mit den Vor- und Nachteilen eines solchen Verbotsantrags und dem Ablauf eines Parteienverbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht auseinandersetzen.</p> <p>Die Diskussion über die Vor- und Nachteile der Sperrung der Social Media Accounts des früheren US-Präsidenten D. Trump wird mithilfe von Original-Tweets und einer Pressechau abgebildet.</p> <p>Abschließend erkennen die Schüler den Schutz der fdGO als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ <b>Die Bedrohungen der fdGO/M1 (Schaubild)</b> 💡 <b>Lösungen/M2 (Schaubild)</b></li> <li>→ <b>Angriff auf den Rechtsstaat?/M3a und b (Arbeitsblatt)</b></li> <li>→ <b>Eine gefährliche Debatte/M4 (Zeitungsartikel)</b></li> <li>→ <b>Verbotsdiskussion ist ein Geschenk an die AfD/M5 (Zeitungsartikel)</b> 💡 <b>Lösungen/M6a und b (Text und Schaubild)</b> 💡 <b>Lösungen/M7 (Tafelbild)</b></li> <li>→ <b>Sperrung von Social Media Accounts?/M8 (Arbeitsblatt)</b></li> <li>→ <b>Die Sperrung Trumps Twitter-Accounts/M9a bis c (Presseschau)</b> 💡 <b>Lösungen/M10 (Tafelbild)</b></li> <li>→ <b>Was tun gegen Verfassungsgegner?/M11a und b (Text, Schaubild)</b></li> </ul>

## Angriff auf den Rechtsstaat?



### Twitter sperrt Trump – Demokraten streben Amtsenthebung an

Nach der Wahl verliert der scheidende US-Präsident Trump auch noch seine wichtigste Kommunikationsplattform: Twitter sperrt sein Konto – dauerhaft. Während Trump auf Twitter verstummt, versuchen die Demokraten, ihn auf den letzten Metern noch des Amtes zu entheben.

(Text aus: InFranken vom 9.1.2021)



### Der AfD die Zähne zeigen

Die Alternative für Deutschland rückt immer weiter dorthin, wo einst die NPD ihren Platz hatte. Wehret den Anfängen! Nach den Pöbeleien im Reichstagsgebäude wurde ein Verbot der Partei ins Gespräch gebracht. Was davon zu halten ist.

(Text aus: SZ vom 27.11.2020)



### Verfassungsschutz: „Querdenker“ werden nun bundesweit beobachtet

Der Verfassungsschutz beobachtet nun auch bundesweit Personen und Gruppen in der „Querdenker“-Bewegung. Dafür wurde eine neue Kategorie geschaffen, bei der es um die „Delegitimierung des Staates“ geht.

(Text aus: Tagesschau.de vom 28.4.2021)



### Islamisten-Verein verboten – Großrazzia in Berlin

Der Islamisten-Verein ruft zum Mord an Juden und Anschlägen auf Zivilisten auf. 26 Objekte in Berlin und Brandenburg wurden durchsucht.

(Text aus: Berliner Morgenpost vom 25.2.2021)

**Parteienverbot**

**Verhaftungen**

**Überwachung durch den  
Verfassungsschutz**

**Sperrung von  
Twitter-Accounts**

**Verbote politischer und  
religiöser Vereine**

**Demonstrationsverbote**



### **Arbeitsaufträge:**

1. Lest die Zeitungs-Headlines.
2. Erörtert, ob die genannten Maßnahmen in einem Rechtsstaat angemessen sind.
3. Bildet eine Streitlinie (ohne „Unentschieden“) und diskutiert, ob extremistische Parteien verboten bzw. Twitter Accounts u. ä. gesperrt werden sollten.

## **Kommentar. Eine gefährliche Debatte**

1



*Von Tim Herden, Hauptstadtkorrespondent. [...]*

5

Ohne Frage. Die Attacken im Bundestag von rechtsextremen Aktivistinnen mit Rückendeckung von AfD-Abgeordneten waren widerlich. Ebenso die halbherzige Entschuldigung von Fraktionschef Gauland. Die einzig richtige Reaktion wäre der Ausschluss der betreffenden Abgeordneten aus der AfD-Fraktion gewesen. Das wäre eine klare Abgrenzung zu den radikalen Kräften in der Partei gewesen.

### **Verbotsdebatte kommt zur Unzeit**

10

Doch die Debatten über ein Parteiverbot der AfD, angestoßen durch den Thüringer Innenminister Georg Maier, gehen zu weit, trotz aller gerechtfertigten Empörung über die Vorgänge im Reichstag. Unklar ist auch, warum der Sozialdemokrat sie jetzt lostritt. Die Attacken auf den Bundeswirtschaftsminister und Abgeordnete anderer Parteien fanden selbst in den sozialen Medien – sonst Hochburgen der Partei – wenig Anklang. Viele waren eher abgeschreckt, wie die Partei versucht, das Parlament zu beschädigen.

15

Hinzu kamen die schwachen Rechtfertigungsversuche bei der folgenden Debatte im Bundestag, während die Vertreter der anderen Fraktionen fast durchgehend überzeugende und auch emotionale Beiträge lieferten, wie die Grenzen der parlamentarischen Demokratie überschritten worden sind. Danach hätte Georg Maier den weiteren Gang der Dinge der Staatsanwaltschaft überlassen sollen, statt mit dem schärfsten Schwert der Demokratie zu drohen.

20

### **AfD kann sich wieder als Opfer inszenieren**

25

Nun kann die AfD den Spieß wieder umdrehen und sich als Opfer inszenieren. Zudem sollte auch Maier wissen, wie hoch die Hürden für ein Parteiverbot liegen. Zweimal haben sich die Länder vor dem Verfassungsgericht mit einem Verbotsantrag gegen die NPD eine blutige Nase geholt – trotz vieler Beweise für ihre Verfassungsfeindlichkeit. Und so würde es auch bei der AfD laufen. Denn offiziell stellt die Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht in Frage, sondern balanciert immer geschickt auf dem Seil zwischen demokratisch vertretbaren und extremistischen Positionen.

30

### **Überzeugende Politik und Argumente helfen gegen die AfD**

Unbestritten ist eine Radikalisierung der AfD zu beobachten. Zwar hat die Parteispitze versucht, sich mit dem Ausschluss von Andreas Kalbitz, dem ehemaligen Brandenburger AfD-Chef, nach außen von Rechtsaußen abzugrenzen, aber im Innern wächst die Macht des angeblich aufgelösten Flügels. Bis zu den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen im nächsten Jahr wird sich die Parteispitze auch nicht dagegen wehren, denn sie braucht die rechten Aktivistinnen in der Partei für die Mobilisierung der Wählerschaft.

35

Zugleich tritt aber die Partei in Umfragen auf der Stelle. Auch der Versuch, als politischer Trittbrettfahrer auf den Zug der Corona-Proteste aufzuspringen, brachte nicht den gewünschten Erfolg. Das andere Lieblingsthema der Partei – die Flüchtlingskrise – hat gerade keine Konjunktur, weil die Bundesregierung die Grenzen weitgehend dichthält.

40

Der AfD könnte nur in die Hände spielen, wenn es durch die Pandemie zu einer akuten Wirtschaftskrise mit einer massiv steigenden Arbeitslosigkeit kommen würde. [...]